
Fragebogen

Leistungsanalyse; Anhörung

Organisation:	FDP.Die Liberalen Aargau
Kontaktperson:	Josef Bütler
Kontaktadresse:	FDP.Die Liberalen Geschäftsstelle Aargau Laurenzenvorstadt 79 CH-5001 Aarau
Telefon / E-Mail:	079/678 79 98 // josef.buetler@grossrat.ag.ch
Datum:	13.02.2014

Sehr geehrte Anhörungsteilnehmende

Der vorliegende Fragebogen erleichtert die Möglichkeit, zu den Massnahmen der Leistungsanalyse Stellung zu nehmen.

Den Fragebogen und alle Unterlagen zur Anhörung finden Sie auf der Homepage des Kantons (www.ag.ch/vernehmlassungen).
Sie erleichtern uns die Arbeit, wenn Sie den Fragebogen elektronisch ausfüllen und zurücksenden.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis zum **14. Februar 2014** an folgende Adresse:

Yvonne Kaufmann
Projektleiterin Leistungsanalyse
Regierungsgebäude
5001 Aarau
yvonne.kaufmann@ag.ch
Tel.: 062 835 12 14

Für Ihre Mitwirkung danken wir Ihnen bestens.

Aarau, 6. November 2013
Staatskanzlei

1. Generelle Fragen

1. Ist eine Leistungsanalyse aus Ihrer Sicht notwendig? (vgl. Anhörungsbericht Kapitel 1)					
ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<p>Die vorliegende Leistungsanalyse wird von der FDP. Die Liberalen Aargau unterstützt. Damit der aus dem AFP ersichtliche Aufwandüberschuss kompensiert werden kann, ist die Vorgehensweise des Regierungsrats mit einer Leistungsanalyse das Budget ins Lot zu bringen, ein guter Ansatz. Die Massnahmen sind einerseits nach Departementen und andererseits nach Kompetenzbereichen Regierung bzw. Grosser Rat unterteilt. Ziel muss sein, die Opfersymmetrie unter den Departementen in etwa gleich zu halten.</p> <p>Die FDP ist klar der Ansicht, dass diese Leistungsüberprüfung regelmässig alle 3-5 Jahre durchgeführt werden muss.</p> <p>Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Effizienzüberprüfung in den verschiedenen Departementen durchzuführen. Denn der enorme Stellenzuwachs führt nachweislich nicht in allen Abteilungen zu einer entsprechenden Output- Leistungssteigerung.</p> <p>Der Kanton (namentlich die Regierung und das Parlament) muss sich grundsätzlich die Fragen stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Welche Aufgaben sind von Gesetz her zwingend zu erfüllen? - Welche Aufgaben wollen wir uns leisten für einen attraktiven und lebenswerten Kanton Aargau?

2. Sind Sie mit dem Ziel der Leistungsanalyse einverstanden? (vgl. Anhörungsbericht Kapitel 2)					
ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<p>Das Ziel der Leistungsanalyse wird unterstützt. Mit den angedachten Massnahmen wird das strukturelle Defizit bis 2017 beseitigt. Auch wird das Ausgabenwachstum ab 2015 abgeschwächt, damit sinkt die Staatsquote wieder unter 12.0%.</p>

3. Wie beurteilen Sie das finanzielle Entlastungspotenzial der Leistungsanalyse? (vgl. Anhörungsbericht Kapitel 4.2)					
zu klein <input type="checkbox"/>	eher zu klein <input checked="" type="checkbox"/>	eher zu gross <input type="checkbox"/>	zu gross <input type="checkbox"/>	keine Angabe <input type="checkbox"/>	<p>Bemerkungen/Begründung:</p> <p>In einer Organisation dieser Grössenordnung ist immer Kompensationspotenzial vorhanden. Es ist aber die Aufgabenerfüllung mit dem Aufwand zu prüfen. Hier ist sicher noch weiteres Optimierungspotenzial vorhanden. Wie in Punkt 1 aufgeführt, empfehlen wir eine Effizienzüberprüfung in der Verwaltung.</p> <p>Gebührenerhöhungen oder -einführungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger steht die FDP. die Liberalen sehr kritisch gegenüber und lehnt diese grossmehrheitlich ab. Sie benennt zur Kompensation alternative Sparmassnahmen.</p>

2. Fragen zu den einzelnen Massnahmen

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
120-01	Verzicht auf die Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die ausschliessliche elektronische Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder erschwert die parlamentarische Arbeit in hohem Masse. Damit ist nicht mehr sichergestellt, dass jeweils alle Entscheidungsgrundlagen für die Grossratsmitglieder vorhanden sind.
210-11	Verzicht Abgeltung für kriminalpolizeiliche Tätigkeiten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
240-01	Anpassung Aufsicht über die kommunalen Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
240-02	Erhöhung Kostendeckungsgrad Einwohner- und Objektregisterdatenplattform	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
250-01	Erhöhung Kostendeckungsrad Strafverfahren	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
250-02	Verrechnung der staatsanwaltschaftlichen Leistungen an die verurteilte Person (Anklagegebühr)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-01	Optimierung des Case Management Lehrpersonen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-02	Abschaffung der Einschulungsklassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Diese Massnahme wird abgelehnt. Die Einschulungsklassen haben sich bewährt und sind deshalb weiterzuführen. Die Kompensation erfolgt durch eine massive Verlängerung der Intervalle bei der externen Schulevaluation. Diese Überprüfungen sollen gezielt bei Schulen mit anerkannten Schwachstellen durchgeführt werden. Der damit verbundene Aufwand lohnt sich bei Schulen mit guten Ergebnissen nicht mehr. Eventuell können diese kostenintensiven Evaluationen ganz abgeschafft werden und durch gezielte Massnahmen bei auffälligen Schulen ersetzt werden.
310-03	Abschaffung des Werkjahrs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
310-04	Abschaffung des Berufswahljahrs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
310-10	Erhöhung Schülerzahlen an Primarschule	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
320-01	Leistungsreduktion Lehrpersonenberatung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
320-02	Kostenpflicht Laufbahnberatung Erwachsene	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
320-03	Einführung Kostenbeteiligung Freifach Instrumentalunterricht	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
340-02	Abbau Leistungsbereich Bildung Naturama	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
340-03	Finanzierung wissenschaftliche Auswertungen Kantonsarchäologie über den Swisslos-Fonds	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
420-01	Optimierung des Case Management	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
533-01	Aufhebung der Pilzkontrolle	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
535-01	Totalrevision EG KVG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
540-01	Einführung einer Verwaltungsentschädigung bei den Ersatzbeiträgen im Bereich Schutzraumprojekte	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
545-01	Erhöhung Vermögensverzehr bei Altersrentner/innen im Heim	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
605-01	Verrechnung von Anfragen für die Behandlung von Baugesuchen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ist mit der Vorlage Gebührengesetz- Revision zu behandeln.
605-02	Verrechnung des kantonalen Aufwands für Vernehmlassungen des Bundes in Plan-genehmigungsverfahren	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
605-03	Erhöhung Gebühren für Entscheide (Baubewilligungen)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
615-01	Reduktion Mittel zur Energieförderung 2014-2015	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
615-02	Reduktion Jahrest tranche Grosskredite "Förderprogramm Energie"	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
620-01	Verzicht auf Auszahlung von Kantonsbeiträgen an Generelle Entwässerungsplannungen (GEP)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
620-02	Verzicht auf die Gebührenbefreiung des Wärmeentzugs aus Grundwasser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ist mit der Vorlage Gebührengesetz- Revision zu behandeln.
620-03	Verzicht auf Reduktion der Grundwassernutzungsgebühr für Körperschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
625-01	Beteiligung der Gemeinden an Bewirtschaftungsverträgen in kantonalen Vorranggebieten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
625-03	Bisher kostenlose Dienstleistungen Hydrometrie neu kostendeckend verrechnen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
625-04	Gebührenerhöhung für die Nutzung und Inanspruchnahme der öffentlichen Oberflächengewässer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ist mit der Vorlage Gebührengesetz- Revision zu behandeln.
625-05	Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf 75 %	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ein Teil soll durch die Aarg. Gebäudeversicherung übernommen werden, da diese von den präventiven Massnahmen profitiert.
625-06	Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf einen Einheitssatz von 60%	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ein Teil soll durch die Aarg. Gebäudeversicherung übernommen werden, da diese von den präventiven Massnahmen profitiert
625-07	Befristete Mitfinanzierung von Hochwasserschutzprojekten durch die Aarg. Gebäudeversicherung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Hier ist zu prüfen, ob eine Mitfinanzierung zur ständigen Aufgabe der Aarg. Gebäudeversicherung zu definieren sei.
625-16	Reduktion Gewässerrevitalisierung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Revitalisierungen der Gewässer im Kanton Aargau weiterhin nach den gesetzlich vorgegebenen Grundsätzen voranzutreiben. Schon in den letzten vier Jahren wurde ein Minimum der Vorgaben umgesetzt. Im Wassernutzungsgesetz wird eine Zweckbindung von 10% des Wasserzinses für die Gewässerrevitalisierung definiert. Hier kann eine Reduktion auf 5% geprüft werden. Weitere Einsparungen sind aus ökologischer und ökonomischer Sicht nicht tolerierbar.

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
635-02	Verzicht finanzielle Beteiligung Kommunaler Gesamtplan Verkehr	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
645-01	Reduktion Beiträge Forstreviere	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
645-02	Reduktion Ziele Naturschutzprogramm Wald 4. Etappe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

3. Weitere Massnahmen

5. Haben Sie weitere / andere Massnahmenvorschläge?

1. Massnahmen in der Kompetenz Regierungsrat
2. Der Stellenplan ist generell zu reduzieren. Insbesondere in den stark gestiegenen Etats des BKS und des DVI sind Kürzungen vorzunehmen. Zudem sind die Stäbe aller Departemente zu verkleinern.
3. 120-12: Halbjährliche Herausgabe des Magazins QUER ganz streichen, was zu weiteren Einsparungen von Fr. 75'000.- führt.
4. 120-13: Die Massnahme wird grundsätzlich unterstützt. Über die geplante Erhöhung der Gebührensätze wird nähere Auskunft gewünscht. Gilt diese auch für beschwerdeführende Behörden?
5. 200-10: Kürzung der Mittel für das Projekt Hightech Aargau um weitere Fr. 100'000.-.
6. 215-14: Die Massnahme wird unter dem Vorbehalt unterstützt, dass die Stellen für die zusätzlichen Verkehrsexperten nach dem Abbau des Prüfrückstands ebenfalls wieder abgebaut werden.
7. 230-10: (Kompetenz Regierungsrat) Diese Massnahme ist durch einen Personalabbau und nicht durch eine Verlagerung von Personalressourcen zu realisieren. Zusätzliche Kontrollen durch die Sektion Industrie- und Gewerbeaufsicht im Bereich der Arbeitssicherheit (EKAS) sind nicht erforderlich und werden abgelehnt. Die Tatsache, dass diese Sektion Personalverlagerungen umsetzen kann, um höhere Einnahmen aus der Kontrolltätigkeit zu erzielen, belegt, dass sie über zu hohe Personalressourcen verfügt.
8. 245-10: Reduktion der Mittel für die Neue Regionalpolitik (NRP) um weitere Fr. 15'000.-.
9. 245-12: Reduktion der Aufwendungen für das internationale Standortmarketing um weitere Fr. 15'000.-.
10. 310-11: Steuerung Wahlfächer optimieren - Planjahre 2015 - 2018 je 650'000 CHF --> Nein: Die Reduktion der Realienpraktika lehnen wir ab. Sie widerspricht der Forderung nach Stärkung der MINT-Disziplinen
11. 310-14: Ressourcierung Deutsch als Zweitsprache am Kindergarten neu staffeln - Planjahre 2015 - 2018 je 1'000'000 CHF --> Nein: Diese Massnahme ist zu überprüfen. Sie darf nicht dazu führen, dass die Deutschkenntnisse bei Schuleintritt mangelhaft sind.
12. 320-01 / 320-02 / 320-10: gilt für ganze Verwaltung: Der Regierungsrat soll in allen Departementen prüfen, ob weitere Bereiche mittels Leistungsvereinbarung an externe Organisationen übergeben werden können (siehe auch unter "4. Weitere Bemerkungen").
13. 320-11: Das Projekt Case Management Berufsbildung (CMBB) und der Bereich Coaching Berufsbildung (COBE) sollen kostenoptimiert in den Leistungsauftrag der ask! (BDAG, Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau) integriert werden. Die FDP ist überzeugt, dass durch sinnvolles Zusammenfassen von ähnlichen Unterstützungsangeboten substantielle Synergiegewinne realisiert werden können. Zudem entfällt bei Leistungen aus einer Hand die Schnittstellenpflege.
14. 425-10 / 425-15: Der Regierungsrat soll prüfen, ob die Halbierung des Vergütungszinses für die Vorauszahlung der Steuern genügend ist. Vielmehr wäre eine Senkung auf das gleiche Niveau wie der Vergütungszins auf die direkte Bundessteuer zu prüfen.
15. 425-11 / 425-16: Die Erhöhung der Verzugszinssätze sind im heutigen Wirtschaftsumfeld nicht opportun. Der Regierungsrat soll aufgrund des gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfelds auf die Erhöhung des Verzugszinses auf Kantonssteuern verzichten. Dies steht in keinem Verhältnis zu den aktuellen Zinssätzen auf dem Finanzmarkt. Vielmehr wäre eine Senkung auf das gleiche Niveau wie der Verzugszins auf direkte Bundessteuer zu prüfen.
16. 535-10: Als Kürzungsmassnahme sind die Leistungen an die Forschungen im KSB und KSA zu streichen: ca. 2,3 Millionen. Auf Kürzungen bei der Psychiatrie und bei der Weiterbildung soll verzichtet werden.
17. 533-10: Eine Gebührenerhöhung wird abgelehnt. Die Leistungsreduktion des Verbraucherschutz um 10% wird favorisiert.
18. 605-10: Erhöhung der Gebühr für die Behandlung von Gesuchen für Bauten und Anlagen -Planjahre 2015 - 2018 je 150'000 CHF --> Nein

19. 605-12: Ausschöpfung des Gebührenrahmens für departementale Rechtsentscheide - Planjahre 2015 - 2018 je 35`000 CHF --> Nein
20. 640-10: Entlastung der ordentlichen Rechnung durch die Spezialfinanzierung Strassenrechnung - Planjahre 2015 - 2018 je 5`500`000 CHF --> Kürzung auf 80% = Planjahr 2015 - 2018 je 3`500`000 CHF
21. 1. Zusätzliche Kompensationsvorschläge: Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017
22. 310 - 340 BKS==> Ziel 310Z006.01 externe Schulevaluation --> Ein erhebliches Einsparpotenzial ist bei der Verlängerung der Intervalle der externen Schulevaluation vorhanden. Diese Überprüfungen sollen gezielt bei den Schulen mit erkannten Schwachstellen durchgeführt werden. Der damit verbundene Aufwand lohnt sich bei Schulen mit guten Ergebnissen nicht mehr. Eventuell können diese kostenintensiven Evaluationen ganz abgeschafft und durch gezielte Massnahmen bei auffälligen Schulen ersetzt werden.
23. ==> 310E002 Einführung Lehrplan 21 ab 2017/2018 und==> 310E005 Einführung neue Führungsstruktur per 1.8.2016 mit Übergangsfrist bis Ende 2017 und==>310E009 Einführung Frühfranzösisch in Primarschule ab 2017/2018 -->Der Verzicht auf diese Reformen ist zu prüfen, oder sie sind zumindest zeitlich zu verschieben. Die Umsetzung würde wiederum erhebliche Ressourcen benötigen, welche andersweitig besser eingesetzt werden können. Der Verzicht auf die Reformen hätte weniger negative Auswirkungen auf die Volksschule als einige andere der vorgeschlagenen Massnahmen, wie z.Bsp. die Abschaffung der Einschulungsklassen.
24. Die Integrative Schulung ist neu zu beurteilen --> Siehe Vorstoss FDP
25. Kompensation im bestehenden Stellenplan des BKS -->Überprüfung Ressourcen-Zuteilung in der Volksschule. Den Schulen werden nebst den „normalen“ Pensen zahlreiche zusätzliche Ressourcen (Springer, Zusatzlektionen in sozial belasteten Schulen, Krisenassistenzen, Q-Gelder, Prämien, IHP-Pensen, usw.) zugesprochen, gemäss unseren Informationen teilweise ohne dass die Schulen diese auch von sich aus angefordert hätten. Einige dieser Ressourcen gibt es erst, seit IS eingeführt wurde (IHP-Pensen, Zusatzlektionen, Krisenassistenzen, Spezialklassen). Falls dann Ressourcen beantragt werden, wird zudem eine übertriebene Bürokratie in Gang gesetzt. Dieses System sollte zwingend überprüft und vereinfacht werden. Zusätzliche Ressourcen sollen nur dort zugesprochen werden, wo auch entsprechender Bedarf angemeldet wird. Zudem müssen erfolgte Ressourcen-Zuteilungen auch auf ihre Wirksamkeit überprüft und bei Bedarf auch wieder gestrichen werden (siehe Punkt 13)
26. Im Bereich Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Invalidenversicherung sind die Schnittstellen zwischen BKS, DVI und GDI zu analysieren und Doppelspurigkeiten zu eliminieren. Im Laufe der Zeit haben sich hier zahlreiche Redundanzen gebildet. Besonders ist auf die Überschneidungen zwischen den Beratungsdiensten für Beruf und Ausbildung einerseits und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren andererseits zu achten. Das Case Management Berufsbildung (CMBB) im Aufgabenbereich 320 Berufsbildung und Mittelschule kann abgeschafft werden.
27. 605 - 645 UBV==> Ziele S.228 und finanzielle Steueregrössen Globalbudget/36 Transferaufwand, S.229; Kündigung des Tarifverbundes Nordwestschweiz: --> Die Mitgliedschaft im Tarifverbund Nordwestschweiz ist zu kündigen, womit Fr. 840'000.- eingespart werden können.
28. Das Förderprogramm Energie ist ab 2016 nicht mehr weiterzuführen.
29.
30. .
31. .
32.

33.
34.
35.
36.

4. Weitere Bemerkungen

6. Weitere Bemerkungen / Kommentare Leistungsanalyse
<p>Spitalfinanzierung: Es ist unverständlich, dass eine der grössten finanziellen Belastungen, die Spitalfinanzierung, in der gesamten Leistungsanalyse nicht einmal erwähnt wird. Das sog. Szenario A muss als Maximalziel angestrebt werden.</p> <p>Umsetzung Motion GR. 10.62 betreffend Kostendeckungsprinzip bei grundbuchlichen Vorgängen: Im Zusammenhang mit der Behandlung der Leistungsanalyse soll dem Grossen Rat aufgezeigt werden, wie sich die Reduktion der Grundbuchgebühren (SVP Motion vom 16. März 2010 GR.10.62) auswirken und wo diese Mindereinnahmen kompensiert werden könnten. Der Grosse Rat soll über die Abschreibung der Motion im Zusammenhang mit der Behandlung der Leistungsanalyse entscheiden können</p> <p>Der Regierungsrat soll in allen Departementen prüfen, ob weitere Bereiche mittels Leistungsvereinbarung an externe Organisationen übergeben werden können. Dabei haben sich Vereinbarungen konsequent an definierte Erfordernisse zu orientieren. Wenn immer möglich, sind bereits vorhandene Organisationen miteinzubeziehen und Synergien auszunützen. Entsprechend sind den Dienstleistern größtmögliche unternehmerische Handlungsspielräume einzugestehen.</p> <p>900-01 Erhöhung Steuerfuss ==> Wird abgelehnt, da das Wachstum der Steuereinnahmen trotz Steuergesetzrevision im Rahmen des Wirtschaftswachstums liegt. Zudem ist zum jetzigen Zeitpunkt, 4 Jahre im Voraus, eine Aussage unseriös.</p>

